

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als diamantenes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 52.

Charlottenburg, Freitag, den 24. Dezember 1920.

Jahrg. 47.

Erlöser.

Schrei der Seelen lobet zum Himmel auf,
Nehzende Lippen rufen in endlose Fernen,
Blutende Herzen flehen empor zu den Sternen —
Und die Jahre wandern in fühllosem Lauf.

Herzen strahlen von silberschimmernden Dämmen,
Märchen umgängen der Tage zerpfiffenes Kleid,
Sonnige Gärten erblühen in seligen Träumen —
Schlummernd wartet die Wähe der Wirklichkeit.

Deine Sinne schaukeln in goldenen Nächten
Zu den leuchtenden Ufern urewiger Lust,
Bieder füllen die fröhlich atmende Brust —
Graue Sorge umflüstert dein kaltes Erwachen.

Nimmer wird die Erlösung im Traume dir reifen,
Unter den Schleiern seufzet dein Weh und dein Ach.
Was deinen Sehnsuchtsaugen, lebendig und wach,
Wesenlos flieht, wirfst du niemals, niemals ergreifen.

Schüre die Flamme der Tat am eigenen Herd,
Pflüge der Arbeit wunderkräftiges Land.
All dein Leid, es wurzelt in dieser Erde,
Alle Kraft verbirgt sich in deiner Hand.

Wirf du der Zeit die heßen Gewänder spinnen,
Bruder und Schwester, ringe zu Boden die Pein.
Alle Erlösung, ihr müßt sie im Kampfe gewinnen:
Retter euch selber, Schöpfer und Heiland sein.

Ernst Brezang.

Zweiter Internationaler Gewerkschaftskongreß.

II.

Grazmann (Deutschland): Die deutsche Arbeiterschaft hat die alte Militärherrschaft beseitigt. Eine Wiederkehr dieser Herrschaft ist unmöglich, wie die Märzereignisse zeigten. Der damalige Generallstreik war tatsächlich allumfassend und dadurch unwiderstehlich. Gewiß wußten wir, daß die Arbeiterschaft am meisten unter den Folgen des Streikes leiden würde, aber diese Folgen wurden gerne in den Kauf genommen, weil wir nie wieder unter das alte Regime kommen wollen. Wir wehren uns energisch gegen jede monarchistische oder alldeutsche Propaganda, auch durch die Tat. Schon vor dem Ausruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatten wir mit einer Kontrolle der Waffentransporte begonnen, um nicht nur jede Aus- oder Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen und Rußland, sondern auch die Waffenhiebungen in Deutschland selbst zu verhindern. Das geschieht nicht nur aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen den Krieg, sondern auch, um unseren Arbeitsbrüdern im Osten die Abwehr gegen Invasion nicht zu erschweren, wenngleich wir für das heute herrschende Regime keinerlei Sympathie haben. Wenn wir die Herrschgelüste der äußersten Rechten abwehren, so wenden wir uns aber auch ebenso gegen jede von links kommende Diktatur. Von den kommunistischen Husarenritten versprochen wir uns nichts. Wie die Beispiele in Ungarn und München zeigen, bereiten sie nur den Boden vor für die schlimmste Reaktion, gegen die die eingeschüchterte und völlig entwertete Bevölkerung sich dann nicht mehr zur Wehr zu setzen wagt. Statt der Wortrevolution bedürfen wir einer Revolution, welche das organisierte Streben nach dem Aufbau einer wahren wirtschaftlichen und demokrati-

schen Demokratie bedeutet. Sie allein ist die Hoffnung der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter, die ein Stück dieses Weges zurückgelegt haben, wünschen nichts sehnlicher, als daß ihr Beispiel in anderen Ländern mit Nutzen für die Arbeiterschaft verwendet werde. Gewiß sind die deutschen Verhältnisse noch nicht ideal; aber sie bilden schon eine günstigere Grundlage für weitere Aktionen, als wir sie jemals besaßen. Das jetzige republikanische Regime in Deutschland ist zweifellos einer der stärksten Dämme gegen die Reaktion, sowohl gegen eine Diktatur eines Wilhelm wie auch gegen die Herrschaft einer Clique oder Minderheit. Kurz vor der Abreise erfuhren wir von neuen Angriffen der Moskauer gegen unsere Gewerkschaften, von einem gegen uns gerichteten Aktionsplan. Unsere Antwort darauf ist, daß wir beschlossen haben, Moskau gegenüber nicht mehr in der Defensive zu bleiben, sondern zur Offensive überzugehen, indem wir die Arbeiterschaft über die Folgen und Gefahren des Bolschewismus gründlich aufklären. (Starker Beifall.)

Vas teiro (Spanien): Aus Spanien müssen wir dem Kongresse leider bittere Klagen über die Zustände in unserem Lande vorlegen. Wahre Bürgerrechte haben wir noch nie gekannt, denn wir leiden noch heute unter einem vollständig mittelalterlichen monarchischen System. Nachdem vor einiger Zeit die wenigen vorhandenen konstitutionellen Rechte auch formell aufgehoben wurden, herrscht ein schlimmer Terror gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer. Im letzten Jahre übertrug die Regierung einem Generale diktatorische Vollmachten. Dieser löste die Gewerkschaften nach Belieben auf, ließ die Leiter verhaften, deportieren und von Gefängnis zu Gefängnis schleppen. Gründung neuer Gewerkschaften ist unmöglich, da die Behörden die erforderliche Genehmigung ablehnen. Es passiert uns, daß wir als Abgeordnete Wahlversammlungen abhalten wollen, aber die Polizei die Zuhörer auseinanderreibt und uns selbst festhält. Jetzt will die Regierung ein besonderes Gesetz gegen den „Terror der Arbeiter“ durchdrücken, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistreitorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D'Arragona (Italien) begrüßt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationale, meint aber, daß die Resolution keine Aktionsmittel bezeichne. Gewiß herrscht allenthalben die Reaktion, aber doch hauptsächlich als Kriegsfolge und teilweise infolge der von einigen Landeszentralen im Kriege eingenommenen Haltung. Wir dagegen stellen die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einvernehmen mit der italienischen Bourgeoisie.

Galford (Kanada) erklärt, daß dies ein revolutionärer Kongreß sei, seine Organisation aber geradezu das Gegenteil davon sei, weshalb er den vorliegenden Entschliessungen nicht zustimmen könne.

Der Vorsitzende entgegnet, dann sei dies wohl der erste Internationale Kongreß, an dem er teilnehme. Die Zentrale mache sich keine Nacht über die einzelnen Länder an.

Solan (Norwegen) ist gegen den Völkerbund und das von diesem geschaffene Internationale Arbeitsamt. Deren Erwähnung in den Entschliessungen solle unterbleiben, bezugnehmend auf jeden Angriff auf die Russen, die in bezug auf Bekämpfung der Reaktion und Opferwilligkeit leuchtende Vorbilder seien.

Fimmen weist im Schlußwort darauf hin, daß die Amerikaner, die selbst in ihren Kongressen politische Beschlüsse

fassen, kein Recht haben, uns politische Betätigung vorzuwerfen. Die Russen sind oft zur Mitarbeit eingeladen worden. Wenn ihnen die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, müßten sie eine solche Einladung annehmen.

Die Resolution über die internationale Lage wird darauf gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen, oder mit 21 906 000 gegen 2 710 000 Stimmen, angenommen. Sie lautet:

Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongreß protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verschleierten Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den weißen Schrecken in Ungarn und bei der Aktion zur Verhinderung des Transportes von Kriegsmaterial für die Konterrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung, neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und international den Kampf führe gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongreß erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß zu diesem Zweck die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Berufe unerlässlich ist, er richtet den dringenden Appell an alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von diesem Waffen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rasche, tatkräftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen.

Darauf wird der Kongreß auf Donnerstag vertagt, damit die eingesetzten Kommissionen die übrigen Fragen vorbereiten können.

III.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung verliest der Vorsitzende das Schreiben einer kürzlich nach England gekommenen Abordnung eines menschewistisch-russischen Kongresses der Arbeiter in den Uralgebieten, an dem die Vertreter von 145 000 organisierten Arbeitern teilnahmen. Die Unterzeichner geben ein trübes Bild von der Bolschewikenherrschaft, die aus den Gewerkschaften reine Regierungsapparate gemacht hat.

Eine Resolution über den

Achtstundentag

sand nach kurzer Aussprache Annahme, nachdem ein von Norwegen, Italien, Luxemburg, Kanada und Frankreich — zum Teil aus ganz entgegengesetzten Gründen — gestellter Antrag, die Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes aus der Resolution zu streichen, gefallen war.

Der zur Frage des Achtstundentages angenommene Beschluß lautet:

Der am 22. November und die folgenden Tage in London versammelte Internationale Gewerkschaftskongreß stellt fest,

daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington einen Entwurf zu einer Vereinbarung, betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in internationalen Anstalten auf 8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche, als Richtlinie für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitsschutzgesetzgebung bereits der Konvention von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit

auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verkürzt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt energisch Protest gegen dieses arbeiterfeindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverzügliche Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hintertreiben, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erringung des Achtstundentages gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Die Rohstofffrage

behandelte der Berichterstatter Mertens (Belgien). Er wies darauf hin, daß die Frage schon die Washingtoner Konferenz und spätere Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes beschäftigt hat. Seine längeren Ausführungen, die ergänzt wurden durch einen schriftlichen Bericht an den Kongreß, gipfelten in der Forderung nach einer den Bedürfnissen aller Länder gerecht werdenden Verteilung der Rohstoffe, die als Gemeingut der Menschheit angesehen werden müssen, durch den Völkerbund. Allerdings müsse die Organisation des letzteren durch den Druck der Arbeit unserer bekannten Forderungen entsprechend abgeändert werden.

Die nachfolgende Resolution wurde darauf einstimmig — nur gegen die Bezugnahme auf den Völkerbund waren einige Stimmen — angenommen. Sie lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine derartige Zerrüttung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht;

in Erwägung, daß der letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rohstoffversorgung erfährt;

in Erwägung, daß die Länder, die der Rohstoffe entbehren, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängig sind, die über Rohstoffe verfügen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich verschaffen können);

in Erwägung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Rohstoffe der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedererhebung ist;

in Erwägung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege steht, wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahme gestatten würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen;

in Erwägung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterlaß darauf hinzuwirken, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verschwinde und ersetzt werde durch eine rationelle Organisation der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker;

in fernerer Erwägung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschlichkeit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verständigung herbeigeführt werden kann durch die Bemühungen der Gewerkschaftsinternationale;

in endlicher Erwägung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verständigung über die Rohstoffverteilung herbeizuführen,

beauftragt der Kongreß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Errichtung einer internationalen Rohstoffverteilungsstelle auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zu baldigster Durchführung zu überreichen.

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes kann jedoch nur wirksam werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder allen ihren Einfluß unermüdet und kräftig geltend machen, um ihre Regierungen zur raschen und gerechten Erfassung und Verteilung der notwendigen Rohstoffe zu veranlassen.

Damit aber die Rohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker

Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerbund anzuschließen."

Zur Frage des Pazifismus

gelangte eine Entscheidung in nachfolgender Kommissionsfassung zur Annahme:

"Der Internationale Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.

Er brandmarkt als Heuchelei und verurteilt ebenso alle Kriegerunternehmen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen neue politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg."

Weihnachts Erinnerungen

eines alten Porzellaners.

Es war im Jahre 1865. In dem hochgelegenen Gebirgsdorf des Frankenwaldes, in dem meine Wiege stand, hatte der Winter frühzeitig Einzug gehalten. Das war für die arme Bevölkerung des Ortes eine Verschärfung der Leiden, die sie in dem harten Kampfe um die nackte Existenz zu erdulden hatte. Die einzige Erwerbsquelle war damals die am Orte bestehende Porzellanfabrik. Auch mein Vater war in dieser als Dreher beschäftigt. Auch heute noch ist die Porzellanindustrie der fast ausschließliche Erwerbszweig der Einwohner dieses Ortes. Der Unterschied gegen damals besteht nur darin, daß sich zu der einen inzwischen noch eine Porzellanfabrik hinzugesellt hat. In das Lob auf die "gute" alte Zeit, von der mancher sonst so gern spricht, vermag ich nicht einzustimmen. Im Gegenteil, die bitterste Armut lugte hinter jedem Fensterkreuz hervor für den, der sie sehen wollte und nicht zufällig das Haus des Fabrikbesizers betrachtete.

In unserer Familie war die Not noch größer geworden als vorher schon, seit mein Vater von dem Würgengel Lungentuberkulose erfaßt und auf ein Krankenlager geworfen wurde. Einschaltend muß ich hierbei bemerken, daß es zu jener Zeit noch keine Sozialgesetzgebung, weil es noch keine Sozialdemokratie gab, die mit nennenswerter Kraft solchen Ziele zusteuern konnte. Krankenlaffen, aus denen dem erkrankten Fabrikproletarier freie ärztliche Behandlung und eine Unterstützung, die ihn und seine Familie vor dem Schlimmsten bewahrte, waren zu jener Zeit in unserem Dorfe noch unbekannte Begriffe.

Es dürfte einleuchten, daß unter diesen Umständen meine Mutter, die nicht nur für den kranken Mann, sondern auch noch für sechs unmündige Kinder zu sorgen hatte, mit der größten Besorgnis dem kommenden Weihnachtsfeste entgegensah.

Meinen Vater, ein sorgsamer Ernährer seiner Familie immer gewesen, schien es besonders schmerzhaft zu berühren, daß diesmal seine Kinder keine Weihnachtsfreude haben konnten. Am Weihnachtsabend sprach er meiner Mutter gegenüber den Wunsch aus, wenn sie es irgend möglich machen könne, sollte sie den Kindern wenigstens einen Weihnachtsbaum pflanzen, weil sie ja sonst auf alles verzichten müßten.

Meine Mutter erfüllte diesen Wunsch. Die vier jüngsten Geschwister, zu denen auch ich gehörte, mußten zu Bett gehen, während die beiden ältesten der Mutter helfen sollten, den Baum zu pflanzen.

Als ob das Verlangen, die Lichter am Weihnachtsbaum noch brennen zu sehen, die letzte Lebenskraft noch so lange aufrecht-erhalte, schloß mein Vater in dem Augenblicke, in dem die Lichter angezündet waren, seine Augen zum letzten Schlummer. Als wir jüngsten Kinder geweckt wurden, um uns den Weihnachtsbaum anzusehen — es war gerade um 12 Uhr nachts — standen wir am Bett des toten Vaters, neben dem unsere Mutter saß und verzweifelt die Hände rang.

Am ersten Festtage kam ein Bote vom Pfarrer, der uns verwaisten Kindern Äpfel und Nüsse brachte.

Dieses "Weihnachtsfest" hat sich tief in meine Erinnerung eingegraben. Meine Mutter hat unter den größten Opfern und Entbehrungen ihre sechs Kinder zu rechtchaffenen Menschen erzogen. Das ist ein Stück stillen Heldentums, dessen überhaupt nur eine Mutter fähig sein kann. Mit unbegrenzter Liebe und Hochachtung kann ich ihrer nur gedenken. Die große Öffentlichkeit erwähnt solche Heldentum nicht, das in ungezählten Proletarierfamilien zu finden ist und zu finden sein wird, bis das Wort vom "Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" keine Phrase mehr, sondern Wirklichkeit geworden sein wird. Der Sozialismus wird erst der wahre Erlöser sein. M. R.

Das Existenzminimum im November 1920.

Von Dr. R. Rucznicki, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Im November waren die Kosten des Existenzminimums etwa ebenso hoch wie im Oktober. In Groß-Berlin kosteten Milch und Gas 9mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot 10mal soviel, Briketts 12mal soviel, Butter 14mal soviel, Zucker 16mal soviel, Margarine 18mal soviel, Kartoffeln 20mal soviel, Reis 30mal soviel, Schmalz 31mal soviel. Dabei sind Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 1. bis 28. November wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis November 1920 M.	Preis November 1913 M.
760 Gramm Brot	1800	187
150 " Erbsen	108	6
1000 " Fleisch	1813	180
80 " Butter	320	23
350 " Schmalz	1540	49
700 " Zucker	532	33
250 " Kunsthonig	360	15

Zusammen 6473 493

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 64,73 M. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,93 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 7100 Kalorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kal. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 — 7100 = 4100 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 M., für eine Frau auf 36 M., für einen Mann auf 54 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Oktober 1913 für ein Kind 1,73 M., für eine Frau 2,69 M., für einen Mann 3,81 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis November 1920 M.	Preis November 1913 M.
Rationierte Nahrungsmittel	1618	123
3000 Gramm Kartoffeln	30	15
500 " Haferflocken	275	25
1000 " Gemüse	100	10

Zusammen für ein 6-10jähr. Kind 2293 173

1500 Gramm Kartoffeln	150	8
250 " Haferflocken	140	13
2000 " Gemüse	200	20
500 " Speisebohnen	300	20
250 " Hafermehl	200	15
125 " Margarine	360	20

Zusammen für eine Frau 3643 269

2000 Gramm Gemüse	200	20
250 " Erbsen	190	10
125 " Margarine	360	20
500 " Reis	650	22
1000 " Musapfel	310	40

Zusammen für einen Mann 5353 381

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M. (1913: 5,50 M.), für Heizung 15,20 M. (1,25 M.), für Beleuchtung 6,60 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M. (2,50 M.), Frau 20 M. (1,65 M.), Kind 10 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-reinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/3 (1913: 1/4) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den November 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	54	90	136
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	80	50	70
Sonstiges	88	57	79
	153	228	316

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 25 M., für ein kinderloses Ehepaar 38 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 53 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8000 M., für das kinderlose Ehepaar 11 900 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 500 M.

Vom November 1913 bis zum November 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,90 M. auf 153 M., d. h. auf das 9,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,45 M. auf 228 M., d. h. auf das 10,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,95 M. auf 316 M., d. h. auf das 10,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark wert etwa 10 Pf. wert. (Im Oktober war die Mark ebenfalls 10 Pf., im September und August 10 bis 11 Pf., im Juli 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Warnung für die Börse. — Der englische und amerikanische Markt. — Die Beschränkung der Dividendenverteilung. — Preisabbau ist nötig. — Zwangsanleihe. — Brotversorgung.

Die Gierdehne, zu der die Spekulation an der Börse angefaßt ist, dämpft trotz aller verständigen Bemühungen maßgebender Bankreise nicht ab. Es hat ein gewisses Aufsehen erregt, daß der Direktor der Deutschen Bank, Manfiewicz, in sehr düsteren Farben die kommenden Ereignisse schilderte, sogar von einer furchterlichen Krise sprach, von der die Welt bedroht sei. Aber das Treiben ist nicht aufzuhalten. Für eine kurze Zeit wurde die Börsenspekulation flüchtig, denn die Warnung von dieser Stelle hatte schon etwas zu bedeuten, aber für die Dauer langt es nicht; ein kleiner Absturz im Kurs, dann eine Festigung und wieder geht es aufwärts.

In der Tat deuten Erscheinungen in allen Industriestaaten darauf hin, daß leider von einem ruhigen Aufstieg der Wirtschaftsentwicklung nicht geredet werden kann, sondern schwere Zuckungen den ganzen Körper abermals durchzittern und entkräften. Lloyd George, der englische Premierminister, hat auf einem Festbankett gleichfalls auf das Unsichere der Weltwirtschaftslage hingewiesen. Er sprach davon, daß die Zeit des geschäftlichen Aufschwunges vorüber sei. Die mageren Jahre kommen. Wieviel ihrer sein werden, das ist ungewiß, aber sie kommen, und zwar unaufhaltbar. Der Zustand sei ein unheilvoller, er erfasse alle Länder, den sozialistisch regierten Ländern gehe es genau so schlecht, wie den nichtswürdig individualistisch regierten.

Natürlich wäre es sehr verfehlt, mit beschränkten Armen den kommenden Ereignissen gegenüberzustehen. Die amerikanischen Kapitalisten gehen denn auch mit eigenem Verständnis an die Milderung der Krise heran. Sie suchen den Markt aufnahmefähiger durch eine Senkung der Warenpreise zu machen, und England ist auf dem Wege, hier zu folgen. Die Preisenkungen sind sehr erheblich, es mögen nur einige wichtige Waren hier angeführt werden. Von dem Höchstpreisstand im März d. J. bis zum Dezember sind in Amerika die Preise für Baumwolle um 58, Rasse 50, Weizen 20, Mais 52, Schweinefleisch 32, Schmalz 35 Proz. gesunken.

Was geschieht nun bei uns? Die Preise für alle Waren stehen weit über den Marktnormen und die große Organisation der Kräfte, von der die Herren Sernhardt und Rathenau vor kurzem vor dem Reichstag die Gewerkschaften schwärmten, kommen gerade zur rechten Zeit, um die Preisenkung aufzuhalten und die Profiteure zu schützen. Das wilde Treiben des Handels und der Industrie, alle Warenpreise weit über das erträgliche Maß zu bringen, bis die Masse sturpellos auszuweichen, ohne Rücksicht auf die Kraft der großen Masse, hat die volle Erschließung des Innenmarktes aufgehalten. Wäre die Preisbildung auf dem Warenmarkt in engen Grenzen geblieben, wir ständen vor einem viel gesünderen Wirtschaftslieben, das der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mehr standhalten könnte. Wenn sich auch diese deutsche Konkurrenz bei dem ungünstigen Stand der Valuta

gut verschanzt hat und hier manches voraus hat gegenüber dem Ausland, so wird das Unfinnige, die Preise für deutsche Waren im Inland an die Höhe des Auslandsmarktes zu bringen, jetzt voll in die Erscheinung treten. Eine Senkung der Preise auf dem Auslandsmarkt durch die amerikanische und englische Konkurrenz kommt bei unseren Warenpreisen infolge der entwerteten Valuta um das Vierzehn- bis Sechzehnfache zur Wirkung.

Die hohen Warenpreise haben im Lande selbst die Produktionskosten gesteigert, denn der Lohn mußte dieser Preisberechnung folgen. Dabei kann nicht einmal in der Arbeiterschaft das Empfinden ausgelöst werden, daß sie im gerechten Maße ihren Anteil erhalten haben. Im Gegenteil, die glänzenden Dividenden, die den Aktionären der großen Industrieunternehmen geboten werden, muß ein Gefühl der Erbitterung und Unzufriedenheit hervortreiben. Wenn jetzt der Wirtschaftsminister Scholz ankündigt, daß man diese Dividendenjucht eindämmen wolle, so heißt das wirtschaftspolitisch von einer nicht wirkungsvollen Stelle den Hebel einsetzen.

Was wir brauchen, ist die Senkung der Warenpreise und damit die Erweiterung der Aufnahmefähigkeit des Marktes. Hier muß der Angriff auf die Dividendenpolitik einsetzen. Die Beschränkung der Dividenden treibt nur die Gewinne in andere Kanäle, es sei denn, daß die ganze Bilanzauflistung unter staatliche Kontrolle kommt. Wenn aber etwa nur der Erfolg ein finanzpolitischer sein soll, um zugleich abschreckend gegen hohe Dividendenausüttung zu wirken, so ist uns damit nicht gebient, ganz abgesehen davon, ob mit einer Besteuerung der Zweck erreicht wird. Wir müssen zum Preisabbau kommen. Der wird nicht anders zu erreichen sein, als daß Organisationen, wie der Eisenwirtschaftsbund, unter strenger Kontrolle mit ihrer Preisfestsetzung kommen und in anderen Industrien eine ähnliche Bindung durchgeführt wird. Allerdings laufen die bürgerlichen Parteien gerade jetzt Sturm gegen die Unterstellung der Industrie unter eine Preiskontrolle, die vom Reichswirtschaftsministerium auch nicht mit großer Entschiedenheit festgehalten wird. Herr v. Rathenau hatte sich erst vor kurzem im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages mit großem Nachdruck dagegen gewandt, daß bei der Festsetzung der Außenhandelsabgabe die Industrien eingehende Kalkulationen vorlegen sollen über ihre Selbstkosten in der Fabrikation. Das Ministerium ist vor diesem Drängen schon stark zurückgewichen, die Preiskontrolle bleibt unter solchen Umständen wirkungslos, da wir ohne scharfen Zugriff zu keiner einwandfreien Preisbestimmung kommen.

Das Ueble unserer Lage ergibt sich auch, wenn wir die Ueberlegenheit der amerikanischen Produktion betrachten. Nach den Feststellungen über den Stand der Kohlenproduktion ist ein überraschender Aufstieg zu verzeichnen. Während wir in der Steinkohlenproduktion in diesem Jahre noch mit einer Minderförderung von ungefähr 60 Millionen Tonnen gegen die Jahre vor dem Kriege abschließen werden, verzeichnet der amerikanische Bergbau bereits einen starken Aufstieg über die Fördermenge vor dem Kriege. Man berechnet, daß Amerika auf eine Steinkohlenförderung von 555 Millionen Tonnen kommen wird, gegenüber 460 Millionen Tonnen vor dem Kriege. Die Folge ist, daß Amerika bereits stark den europäischen Markt versorgt und auch England immer mehr zurückdrängen wird, dessen Fördermenge in Steinkohlen noch nicht auf die Leistung vor dem Kriege hinaufgekommen ist, also unter demselben ungünstigen Druck der Kohlenproduktion steht wie Deutschland.

Die trostlose Finanzlage des Reiches ist uns wieder einmal durch die Rede des Direktors der Reichsbank, Hagenstein, plastisch vor Augen geführt worden. Seit dem April d. J. ist die schwebende Schuld um 52,8 Millionen erhöht worden und erreicht nun die Höhe von 146 Milliarden. Das neue Kabinett hat mithin das weitere Hinabgleiten in die Schuldenwirtschaft nicht aufhalten können, und die Herren der Deutschen Volkspartei haben auf ihrem Parteitag eine Erklärung für diesen ihren Mißerfolg nicht abgegeben, obwohl sie mit viel Behagen bisher die sozialdemokratische Wirtschaft für das Anwachsen der Schuldenlast verantwortlich machten. Mit Recht verlangte Hagenstein, daß unsere passive Handelsbilanz verschwinden müsse, wenn wir zu einer Besserung der Valuta kommen wollen. Der Zustand, daß die Einfuhr die Ausfuhr monatlich 5 bis 6 Milliarden übertrifft, bringt uns in eine furchterliche Situation. Dazu die Kosten der Befahrung, die monatlich gegenwärtig 6 bis 7 Milliarden betragen. Sie treiben uns an den Rand des Abgrundes. Die Zwangsanleihe, die der Reichsbankpräsident fordert, gegen die nichts einzuwenden ist, hilft auch nur wenig, denn sie verschiebt nur das Schuldkonto. Es muß versucht werden, daneben das Rotopfer schnell herbeizubekommen.

Sehr auffallend ist übrigens, daß wir bei der Verrechnung unserer Vorkriegsschulden mit England und Frankreich und der Geltendmachung deutscher Forderungen so sehr ungünstig abschneiden. Die Forderungen, die von der anderen Seite angemeldet wurden, nötigten uns, in den drei letzten Monaten 2½ Milliarden Mark zu leisten, da unsere Gegenansprüche um diesen Betrag zurückblieben. Sicher liegt hier auch wieder eine Nachlässigkeit der Finanzverwaltung vor, die nicht rechtzeitig die deutschen Forderungen anmelden konnte, weil sie mit ihren Arbeiten weit zurück war. Auf diese Art können wir nicht vorwärts kommen.

Auf dem Lebensmittelmarkt gibt die Brotversorgung noch immer zu großen Befürchtungen Anlaß. Die Ablieferung von Brotgetreide kommt nicht in die Höhe; ohne eine erhebliche Einfuhr ständen wir schon vor dem Nichts. In einem Aufruf wandten sich 20 Vertreter der Landwirtschaft aus allen bürgerlichen Parteien an ihre Berufskollegen, um ihnen den Ernst der Lage zu unterbreiten und an die Ablieferungspflicht zu appellieren. Solche Aufrufe verhallen achlos, und wenn sich das Ernährungsministerium nicht aufrafft und schärfere Mittel zur Enteignung in Anwendung bringt, so kommen wir immer weiter in das Defizit hinein. Es gibt kein anderes Mittel, als wieder Druschkolonnen im größeren Umfang auszurüsten, zwangsweise auszudreschen und die zurückgehaltene Frucht herauszuholen. Leider ist in diesem Jahre schon mehr als je in den Schleichhandel gegangen, so daß wir nur mit großer Sorge der künftigen Brotversorgung entgegensehen.

Betriebsräte.

Kann eine Kündigung, zu der der Betriebsrat seine Zustimmung erteilt hat, angefochten werden?

Diese Frage muß bejaht werden. § 87, Absatz 1, des Betriebsrätegesetzes besagt, daß über den Einspruch gegen eine Kündigung (oder fristlose Entlassung) im gesetzlichen Schlichtungsverfahren endgültig entschieden wird. Die Streitfrage, ob der Einspruch des Kündigten begründet ist oder nicht, kann nicht dadurch erledigt sein, daß der Betriebsrat zu der Kündigung seine Zustimmung gab. Eine derartige Bescheinigung der Rechte des Arbeitnehmers würde den Absichten des Gesetzgebers zuwiderlaufen. Der Betriebsrat kann nicht zugleich erste und letzte Instanz sein und seine Entscheidung über dem Schlichtungsausschuß stehen. Welche Möglichkeiten lagen da offen, wenn z. B. der Kündigte vom Betriebsrat vorher nicht einmal gehört wurde!

Auch der Schlichtungsausschuß darf sich die Ansicht des Betriebsrats nicht ohne weiteres zu eigen machen, sondern hat die Pflicht, selbst zu untersuchen, ob ein gesetzlicher Grund zur Kündigung vorliegt.

Das Reichsarbeitsministerium nimmt eigentümlicherweise diesen Standpunkt nicht ein. Es hat auf Anfrage die Auskunft erteilt, daß der entlassene Arbeitnehmer nicht mehr den Schlichtungsausschuß anrufen kann, wenn der Arbeiter- oder Angestelltenrat den Einspruch gegen die Entlassung nicht für begründet hält.

Natürlich ist diese Ansicht des Reichsarbeitsministers unhaltbar und — glücklicherweise — nicht feststehendes Gesetz.

Der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin richtete sich vor kurzem erfreulicherweise nicht nach der Auskunft des Reichsarbeitsministeriums und fällte folgenden Schiedsspruch:

Am 4. August 1920 verbandete der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in Sachen des Zentralverbandes der Angestellten, Fachgruppe 7, für Frä. S. gegen die Firma S. Joseph & Co., Neukölln, nachstehende Entscheidung::

Die zum 31. Mai 1920 ausgesprochene Kündigung ist unwirksam. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Beschwerdeführerin weiter zu beschäftigen oder ihr eine Entschädigung von 960 M. zu zahlen.

Gemäß § 87, Absatz 3, des Betriebsrätegesetzes hat innerhalb dreier Tage nach Kenntnis von dem Eintritt der Rechtskraft der vorstehenden Entscheidung der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer mündlich oder durch Ausgabe zur Post zu erklären, ob er die Weiterbeschäftigung oder die Entschädigung wählt. Erklärt er sich nicht, so gilt die Weiterbeschäftigung als abgelehnt.

Begründung: Der Einwand des Beschwerdeführers, daß die Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung erfolgt ist und infolgedessen der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung des Einspruchs nicht zuständig ist bzw. für eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses keine gesetzliche Möglichkeit besteht, ist von der Kammer eingebracht geprüft worden. Mit Rücksicht auf die besondere Härte, die in den Verhandlungen bezüglich dieses Kündigungsfalls festgestellt worden ist, daß der Betriebsrat vor seiner

Zustimmung zur Kündigung die gekündigte Angestellte zu ihrer Rechtfertigung überhaupt nicht gehört hat, hat sich der Schlichtungsausschuß doch zu einer Entscheidung für befugt gehalten, da nach Ansicht der Kammer der Gesetzgeber bei Erlass des Betriebsrätegesetzes doch nicht die Absicht gehabt haben kann, dem Angestellten sein gutes Recht dadurch zu beschneiden, daß eine Kündigung bei Übereinstimmung des Arbeitgebers und des Betriebsrates über den Kopf des Angestellten hinweg als endgültig und unanfechtbar anzusehen ist. In dieser Ansicht wird die Kammer bestärkt durch die Bestimmungen des § 87 des Betriebsrätegesetzes, wonach bei Nichteinigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat über den Einspruch im gesetzlichen Schlichtungsverfahren zu entscheiden ist. Die Kammer glaubt insolgedessen, daß sinngemäß auch bei Übereinstimmung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat die endgültige Entscheidung dem gesetzlichen Schlichtungsverfahren vorbehalten sein muß. Infolgedessen hat sich der Schlichtungsausschuß zu der getroffenen Entscheidung für befugt gehalten.

gez.: Trömel, Vorsitzender.

Aus unserem Verufe.

Dresden. Der Direktor der hiesigen Steingutfabrik von Willeroh & Koch, Herr Ruppe, ist am 10. Dezember nach längerem Leiden gestorben. Die Teilnehmer an unseren Tarifverhandlungen haben den Verstorbenen als einen von sozialem Empfinden getragenen und objektiven Beurteiler unserer beruflichen Verhältnisse kennengelernt, der sich die Forderung des Tarifgedankens aus ehrlicher Überzeugung angelegen sein ließ. Sein Andenken wird auch in unseren Reihen in Ehren gehalten werden.

Börsned. Die Maler und Gießerinnen bei der Firma Conta & Böhme haben endlich mit Mühe und Not mit Hilfe des Bauleiters Luisko Apel ihre Lohnbewegung beendet, und zwar erzielten die Maler eine Lohnaufbesserung von 30 Proz. auf die Grundlöhne; Nachzahlung rückwirkend ab 1. Juni; die Gießerinnen eine Lohnaufbesserung von 7 Proz. Hieraus ist zu ersehen, daß bei den Malern die Verhältnisse nicht rosig waren. Die leistungsfähigen Maler wurden mit Löhnen abgefunden, mit denen es unmöglich ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Aber wie stand es mit unseren älteren Kollegen, die durch jahrzehntelange Mordarbeit ausgemergelt sind bis zum höchsten Grab? Diese Kollegen hatten bisher einen Wochenlohn von 70 bis 120 M. Das sind himmelschreiende Zustände, wenn man sich vor Augen führt, daß Männer, die 5 Jahre gelernt und 40—50 Jahre ein und demselben Herrn gedient haben, nun so wenig verdienen, daß sie in ihren alten Tagen ein ganz trauriges, armeliges Proletarierleben fristen müssen. Darum, Kollegen, nicht wieder zurück ins alte Joch! Wollt Ihr vorwärts kommen, so laßt Euch die Waffe nicht wieder entreißen und bleibt einig, geschlossen und treu dem Verband.

Versammlungsberichte.

Elsterwerda. Generalversammlung vom 5. Dezember. Unter Punkt 1 hielt der Vorsitzende, Kollege Günther, ein längeres Referat über: „Die jetzige Lage und Arbeitslosigkeit.“ Er führte mit packenden, gut verständlichen Worten den Anwesenden vor Augen, in welcher schwerer Zeit wir leben und wie doppelt notwendig es sei, daß die Arbeiterschaft die Augen stets offen für alles haben muß, damit die winzigen Errungenschaften, die uns noch übrig geblieben sind, und erhalten bleiben. Denn wir sind so weit gekommen, im Guten ist nichts mehr zu machen, nichts zu erreichen, hier hilft nur der Terror, Diktieren bis dahinaus. Denn noch nie ist die Arbeiterschaft so geknechtet worden, wie jetzt, das haben wir unseren früheren Genossen, den Scheinsozialisten mit allen rechtsstehenden Parteien zu verdanken, welche immer neue Gesetze zur Verelendung und Knechtung der Arbeiterschaft ersinnen. Darum auf zum Kampf. Unter Punkt 2 wurde der Kartellbericht erstattet. Darauf wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen, die an den Hauptvorstand abgeandt werden soll: „Die der Bahnhofs-Elsterwerda angehörigen Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes fordern vom Vorstand ihres Verbandes, daß er sofort herantritt an den deutschen Gewerkschaftsbund, daß eine bessere Lage der Arbeiter mit folgenden Forderungen eingeleitet wird: 1. Gegen den Wucher und für die Herabsetzung der Preise. 2. Für die Aufnahme der vollen Produktion. 3. Für die Beseitigung des Steuerabzuges und Eingziehung der Besitzsteuer und großen Vermögen. 4. Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung, der Lebensmittelgewinnung und -verteilung durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften. 5. Entwaffnung der Ortschaft und Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.“ — Nur durch Verschreitung dieser Wege kann die Arbeiterschaft vor völliger Verelendung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie bewahrt werden. Drum auf nun zur Tat.

Unter Punkt 3 standen Neuwahlen. Der Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer, Revisoren, Mitbestimmender sowie Vertrauensmann wurden gewählt wiedergewählt. Sodann erfolgte die Wahl von Kollegen zum Betrieb der Marken zur wirtschaftlichen Räteorganisation.

Unter Punkt 4, „Berichtsbereich“, erklärte der Vorsitzende noch die Höhe des Mitgliedsbeitrages zur örtlichen Elsterwerda. Der Vorsitzende erklärte sich gegen das Altkollegium, denn die Altkollegien

machte den Arbeiter krank und den Unternehmer erst recht gesund. Er ermahnt die Kollegen, recht kollegial zu handeln und sich nicht gegenseitig zu bekämpfen, denn dadurch werde das Rückgrat des Unternehmers gestärkt. Der Betriebsrat, Kollege Reiche, entschuldigt den Vorsitzenden, Kollegen Mäser, und erklärt, daß die Direktion dieses Jahr jedenfalls keine Weihnachtsgratifikation zahlen werde und gibt die beabsichtigte Arbeitszeit zu Weihnachten bekannt, wogegen sich die Anwesenden aussprechen. Ferner kam zur Sprache, daß von vielen Seiten der Mitglieder verlangt wird, daß die „Ameise“ der heutigen, revolutionären Zeit entsprechend gehalten sei. Wir wollen nichts wissen von den Rechtssozialisten, Silberding, Dikmann usw. Dies und noch vieles mehr wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit verlangt. Auf zum Kampf, — zum Sieg!

Flörsheim a. M. Die Novemberversammlung war gut besucht. Der Kassenbericht ergab am Schlusse des 3. Quartals einen Bestand von 2241,35 Mk. in der Verbandskasse, von 785,47 Mk. im Vorkassendz. Dem Kassierer wird für seine gewissenhafte Geschäftsführung und seine fleißige Arbeit durch den Mund des Vorsitzenden der Dank der Zahlstelle ausgesprochen. Entsprechend den bezüglichen Beschlüssen des Gauleiters Jahn (Bonn), die Unterstützung der Kollegen in Elberfeld und Staffeln betreffend, wird beschlossen, eine Liste zirkulieren zu lassen, erforderlichenfalls noch einen Zuschuß aus örtlichen Mitteln beizufügen. Die Kollegen Dittmann und Schultze werden als Kartellbelegierte gewählt. Es wird weiter der Wunsch geäußert, den Gauleiter Jahn wieder einmal in unserer Mitte zu haben. Der Tarifvertrag und das Lohnabkommen werden einer eingehenden Kritik unterzogen und hierzu folgende Resolution angenommen:

„Die Porzellanarbeiter von Flörsheim beurteilen aufs schärfste das Verhalten des Hauptvorstandes bei den Tarifabschlüssen in letzter Zeit und erheben Einspruch gegen die Forderungen und Formulierungen der Tarife. Die Arbeiterschaft sieht in diesen nichts weiter, als ein Beugen vor dem Kapitalisten. Wir erwarten und verlangen in Zukunft eine klare und übersichtliche Ausführung in den Tabellen einschließlich der prozentualen Lohnzuschläge und keine Formel mit Hintertüren. Vom Hauptvorstand erwarten wir in Zukunft noch bessere Vertretung der Wünsche der Arbeiterschaft.“

Hierauf wurden noch einige Themas erörtert, die die Gießerei betreffen.

Großbreitenbach. Ortsgruppenversammlung der Zahlstelle Ilmenau vom 1. Dezember. Nach langer Zeit hatten wir wieder einmal Gelegenheit, einen Gauleiter bei uns zu sehen. Es war der Gauleiter Apel, der in einer sehr gutbesuchten Versammlung einen Vortrag über gewerkschaftliche und tarifliche Fragen hielt. Der Kollege Apel, der selbst aus einem Thüringer Waldbort stammt, verstand es ganz besonders, unsere Mitglieder und hauptsächlich die Mädchen für unseren Verband zu interessieren und ihnen den Zweck und den Nutzen des Verbandes vor Augen zu führen.

Punkt 1 der Tagesordnung betrifft die Einladung zur Verwaltungskonferenz nach Ilmenau und werden, nachdem Gauleiter Apel den Zweck der Konferenz erklärt hat, die Kollegen Eduard Höhn, Aug. Ros und Fribolin noch als Delegierte dahin bestimmt.

Zu Punkt 2 erstattet Kollege Eduard Höhn Bericht von der Sitzung des Oberchiedsamts in Berlin, betreffend die Verletzung von Großbreitenbach aus Lohnklasse 3 nach Lohnklasse 2b. Er schildert, mit welchen Argumenten die hiesigen Unternehmer gearbeitet haben und daß die meisten von denselben der Wahrheit nicht entsprochen haben. Durch die von den Kollegen Höhn und Gauleiter Karl demgegenüber wahrheitsgemäßen Aussagen, sowie durch den von unserer Seite eingebrachten Gegenbeweis wurde erreicht, daß wir nach Lohnklasse II b versetzt worden sind.

Punkt 3: Vortrag des Gauleiters Apel über gewerkschaftliche und tarifliche Fragen. Eingangs dieses Punktes fordert Gauleiter Apel die Kollegen auf, ihr Herz einmal auszuschütten, damit die Gauleitung weiß, wo uns der Schuh drückt und danach ihre Maßnahmen treffen kann. Sodann geht er zu seinem eigentlichen Vortrag über und schildert die Anfänge der Organisationen. Von den ältesten Zeiten ausgehend, schildert er, wie aus den Gilben und Zünften sich nach und nach die Gewerkschaften entwickelten. Da war es hauptsächlich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Ferdinand Lassalle, der durch seine Reden und Schriften die Arbeiter aufklärte, sich zu Berufsvereinen zusammenzuschließen, um so den Unternehmern gegenüberzutreten und Rechte zu erkämpfen. In Dr. May Hirsch und Dander fanden die Unternehmer die Männer, welche die Arbeiter von der Klassenkampftheorie abbringen sollten. Dieses ist ihnen aber nicht gelungen. Wenn auch jetzt noch Hirsch-Dundersche und gelbe Gewerkschaften bestehen, so stehen doch die freien Gewerkschaften als die stärksten da. Auch der Porzellanarbeiterverband hat sich auf den Boden des Klassenkampfes gestellt und hat jetzt die stattliche Zahl von 54 000 Mitgliedern erreicht. Durch die letzten Tarifabschlüsse hat auch er seinen Mitgliedern bedeutende Verbesserungen gebracht und es liegt nun an den Mitgliedern, dieselben auch zu erhalten. Nach diesen Ausführungen verliest Kollege Apel noch die Eingabe der hiesigen Unternehmer an das Oberchiedsamt, betreffend die Verletzung in die Lohnklasse II b. und die Kollegen entrüsten über die Unverschämtheit der Unternehmer, welche die Tatsachen auf den Kopf stellen. Auch bei Gelegenheit unserer Zeitung verliest er uns die von uns auf Grund der Ausführungen unserer Kollegen Karl und Höhn nun seit 7. Juli in Lohnklasse II b versetzt sind, so ist es Sache der Kollegen und Kolleginnen, nunmehr ihr Recht geltend zu machen. Wir und die Unternehmer in allen Gewerkschaften schwelgen, haben die Arbeiter kaum das nackte Leben. Darum ist es Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, fest an ihren errungenen Rechten zu halten. Sie fest hinter ihre Betriebsräte zu stellen und dem Verband die Treue zu halten.

Bei der Diskussion über diesen Punkt stellt Kollege Albin Jahn den Antrag, daß bei künftigen Tarifverhandlungen von der Verbandsebene nur eine Lohnklasse angestrebt werden soll, und für die Großstädte entsprechende Zuschläge. Da aber der jetzige Tarif bis 1. Oktober 1921 läuft, so wird darüber zu gegebener Zeit wieder verhandelt werden. Dagegen wird folgende Resolution angenommen:

„Da die jetzigen Löhne auch heute bei den fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen nicht zur Bestreitung des nötigen Lebensunterhalts ausreichen, so wird der Hauptvorstand beauftragt, bei den jetzt kommenden Verhandlungen unbedingt einen Lohnaufschlag von 50 Proz. zu verlangen. Ferner wird energisch dagegen protestiert, daß man schon bei den Jugendlichen unter 18 Jahren mit dem Lohnabbau beginnt. Auch die Jugendlichen müssen eine gute Entlohnung haben, wenn sie ihr Leben fristen wollen. Die Jugendlichen sind ein wichtiges Glied im Produktionsprozesse geworden und liegt deshalb eine gute Entlohnung derselben im Interesse der Industrie.“

Bei Punkt 4, Betriebsangelegenheiten, stellt sich heraus, daß die 15 Proz. Aufschlag, sowie der Tarif II b. bei mehreren Firmen noch nicht bezahlt wird und sollen nun die nötigen Schritte gegen die betreffenden Firmen eventuell durch die Gauleitung eingeleitet werden. Zur Frage des Arbeiterssekretariats wird mit Mehrheit beschlossen, den Antrag des Gewerkschaftsartikels anzunehmen. Zum Schluß ermahnt Gauleiter Apel noch die Anwesenden, keine Arbeit einreichen zu lassen, sondern stricke unser Recht durchzusetzen, und warnt davor, politische Streitigkeiten in den Gewerkschaften auszutragen. Kollege Albin Hartwich stellt noch den Antrag, daß auch fernerhin kranke Kollegen anderer Zahlstellen wie bisher von uns unterstützt werden sollen und erklärt sich die Versammlung damit einverstanden. Hierauf wird die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Kobla. Die am 9. Dezember stattgefundene Zahlstellenversammlung war stark besucht. Dicht gedrängt standen die Besucher, viele konnten keinen Sitzplatz erhalten. Der Vorsitzende würdigte den Massenbesuch gebührend und gab seiner Freude besonderen Ausdruck, daß in der Versammlung die jugendlichen Mitglieder so zahlreich vertreten waren. Er hofft, daß dies immer so bleiben möge, denn den jugendlichen Mitgliedern ist gewerkschaftliche Weiter- und Durchzubildung besonders vonnöten. Sie sind es ja, die das Erbe von den Älten übernehmen und in deren Sinne verwalten sollen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende der verstorbenen Kollegin Elisabeth Vulpinus ehrende Worte des Gedankens und bringt die Versammlung ihre pietätischen Gefühle durch Erheben von den Sitzen zum Ausdruck.

Den invaliden Verbandsmitgliedern hat die Verwaltung eine Weihnachtsgabe von je 50 Mk. zugebacht, was von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wird.

Ein Vorschlag der Verwaltung, im Februar oder März nächsten Jahres wieder einmal ein Stiftungsfest abzuhalten, findet ebenfalls einstimmige Zustimmung der Versammlung. Auf das Aufstellen von Statistiken über Einnahme und Ausgabe im Arbeiterhaushalt wird hingewiesen und der Zweck und die Wichtigkeit solcher Statistiken vom Vorsitzenden erläutert. Mitgeteilt wird noch, daß sich an der Abstimmung über Anstellung eines Zahlstellenbeamten 998 Mitglieder beteiligten, wovon 986 mit „ja“ und 12 mit „nein“ stimmten. Das Ergebnis der Verwaltungswahlen ist, daß die bisherigen Verwaltungsmitglieder fast ausschließlich wieder- und neue Funktionäre ergänzend hinzugewählt wurden.

Von der Konferenz der Thüringer Zahlstellen am 4. und 5. Dezember in Rudolstadt erstatten Kollege Franz Dietrich und der Vorsitzende ausführlich Bericht und ist die Versammlung mit der Haltung ihrer drei Delegierten einverstanden. Die Ausführungen, namentlich des Vorsitzenden, werden mit Beifall aufgenommen. Desgleichen solche über die gestellte Forderung auf Gewährung einer Teuerungsbefristung. Mit der nochmaligen Aufforderung, alle Zahlstellenversammlungen so zahlreich zu besuchen, und mit einem Wiedersehen im neuen Jahr schloß der Vorsitzende unter Beifall die Versammlung.

Rudolstadt-Weilbach. Unsere am 8. Dezember stattgefundene Zahlstellenversammlung war äußerst zahlreich besucht, was vom Vorsitzenden mit Freuden begrüßt wurde. Kollege Franz (Trier) ergreift das Wort und gibt in längeren Ausführungen Bericht über die in Rudolstadt stattgefundene Konferenz. Er weist darauf hin, daß infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse sich innerhalb der Gewerkschaften eine andere Taktik nötig mache wie bisher, um vorwärts zu kommen. An Stelle der ungesunden kapitalistischen Wirtschaftspolitik müsse eine gesunde sozialistische treten, nur dadurch wäre es möglich, Deutschland wieder aufzubauen. Fester denn je müsse alles in den Gewerkschaften zusammenstehen, um gerüstet zu sein bei uns bevorstehenden Kämpfen mit der Reaktion.

Außerdem wird Kenntnis genommen von der einseitigen Handhabung des uns von der Entente auferlegten Entwaffnungsgesetzes, in dem den Arbeitern alle Waffen abgenommen, hingegen den reaktionären Verbänden, wie Bürgerwehren, Ortschaft, dieselben gelassen würden. Es wurde deshalb von der Versammlung einstimmig beschlossen, folgende Resolution an unseren Hauptvorstand gelangen zu lassen:

„Die heutige Zahlstellenversammlung beurteilt ganz entschieden die einseitige Handhabung des Entwaffnungsgesetzes. Die Versammlung betrachtet diese Handlungsweise als eine Provokation gegen die Arbeiterklasse und bittet unseren Verbandsvorstand, bei den zuständigen Regierungsstellen, zu verlangen, daß dem geschaffenen Entwaffnungsgesetz Gerechtigkeit widerfährt.“ Weiter wird der Antrag gestellt, bei der Direktion eine Wirtschaftsbefristung zu beantragen, dieses wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Unter „Sonstiges“ werden noch verschiedene Anträge gestellt, die zur Erledigung dem Vorstands übergeben werden.

Aus Thüringen. Am 4. und 5. Dezember fand im „Gasthaus zur Erholung“ in Rudolstadt eine Konferenz der Thüringer Zahlstellen statt, auf der 41 Zahlstellen durch 76 Delegierte und 12 Betriebsratsmitglieder vertreten waren. Der Verbandsvorsitzende, Genosse Wollmann, Charlottenburg, und die beiden Thüringer Gauleiter, waren ebenfalls anwesend. Den Vorsitz führten Triebiger, Rudolstadt, und Stang, Freienoria; zum Schriftführer wurde Reinhardt, Kobla, ernannt. Die Tagesordnung lautete: 1. Unser jetziges Lohnabkommen und seine Anwendung und das künftige Lohnabkommen. 2. Das Betriebsratsgesetz und seine Anwendung. 3. Verschiedenes.

Triebiger, Rudolstadt, eröffnete am 4. Dezember, 9 Uhr vorm., die Konferenz und heißt die Erschienenen willkommen. Triebiger

Rudolstadt, begrüßt die Konferenz im Namen der gesamten Arbeiterschaft Rudolstadts und wünscht der Tagung besten Erfolg.

Stang, Freienorla, gibt bekannt, daß die diesmalige Tagung auf Beschluß der Konferenz vom 7. November in Jena, auf welcher die Ostthüringer Zahlstellen tagten, zustande gekommen sei und den Zweck hätte, die Stimmung der „Massen“ über die Notlage, in der sich diese befinden, unbeflüßelt von langen Reden der Verbandsleitung und den Gauleitern zu hören. Bollmann, Charlottenburg, erhebt Protest dagegen, daß die Verbandsleitung und die Gauleitung nicht um ihre Zustimmung ersucht wurde und bezweifelt die Berechtigung der Tagung unter solchen Umständen. Es erregt Befremden, daß die Verbandsleitung und die Gauleiter nicht eingeladen wurden, während man Einladungen über die Grenzen Thüringens hinaus, nach Annaburg, ergehen ließ und der Kollege Sauerbrey von dort anwesend war.

Ein Antrag, den anwesenden Verbandsvertretern (Hauptvorstand und Gauleiter) 10 Minuten Redezeit zu gewähren, wird nach längerem, oft heftigem für und Wider mit der Aenderung angenommen, daß alle Redner 10 Minuten sprechen dürfen.

Neben dem Lohnabkommen wird auch der gesamte Rahmentarif einer Besprechung unterzogen und sind insbesondere die §§ 1 und 2 Gegenstände breiter Erörterung. Allgemein ist man der Auffassung, daß es nicht in den Rahmen eines neuzeitlichen Tarifs hineinpaßt, wenn den Angestellten dort, wo sie den Willen bekunden, ihre wirtschaftlichen Interessen durch unsere Organisation vertreten zu lassen, dies tariflich verwehrt bleibt. Hoffmann, Ilmenau, erbringt an Hand von Beispielen den Beweis dafür, daß der Schlußsatz des § 1 des geltenden Tarifs nicht so tragisch zu nehmen ist, sondern daß dort, wo die Angestellten sich nicht in Eigenbrödelei verlieren, sondern in einer Einheitsfront mit den Arbeitern stehen, beachtenswerte Vorteile für sie errungen werden können trotz des § 1. Zum § 2 sind alle Redner der Meinung, daß sich die im Tarif vorgesehene Ortsklasseneinteilung weder seit Bestehen des Tarifs rechtfertigen ließ, noch heute Anspruch auf Daseinsberechtigung erheben könnte, da nach den Reichsstatistiken der letzten Zeit Orte, die tariflich in unserem Verufe in eine niedrige Ortsklasse rangieren, so hohe Indizes aufweisen, die die Forderung auf Einreihung in eine höhere Klasse ohne weiteres rechtfertigen. Apel, Ilmenau, verbreitet sich des längeren über diese Angelegenheit und legt schließlich das Fazit dar, daß er sich früher, als er für größere Orte eine höhere Klasse gefordert, gründlich geirrt habe. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Das Endergebnis der Aussprache über diesen Gegenstand ist der einstimmige Beschluß, dem Hauptvorstand den einmütigen Willen der Konferenz auf Verminderung der Tarifortsklassen auf höchstens zwei als Richtlinie bei den künftigen Tarifverhandlungen zu übermitteln.

Der vorgedachten Zeit halber beantragt Bartel, Eisenberg, von der Besprechung des Rahmentarifs Abstand zu nehmen, da derselbe eine längere Zeit Geltung habe und sich schließlich noch genügend Zeit ergeben würde, um darüber zu reden. Die Gegenwartsfrage für uns bilden seiner Ansicht nach Steuerungsbeihilfen, und denen mühten wir uns zuwenden. Diese Auffassung ist eine allgemeine und wird demgemäß verfahren. Die Aussprache über die Forderung auf Gewährung einer Steuerungsbeihilfe ist eine ebenso scharfe als auch umfangreiche und wird allseitig betont, daß die Argumente der Unternehmer gelegentlich der Dresdener Verhandlungen, die Preise für Lebensmittel und alle Gegenstände des täglichen Bedarfs bewegten sich auf absteigender Kurve, schon längst durch die Tatsachen widerlegt seien. Die Dresdener Aufbesserungen der Löhne und Verdienste seien an sich sehr dürftig und die gegenwärtigen Steuerungsverhältnisse, wozu noch die Befriedigung der besonderen Bedürfnisse an Feuerungsmaterial und Kleidung für die kalte Jahreszeit käme, rechtfertigen ohne weiteres diese Forderung. Einstimmig wird beschlossen, eine Steuerungsbeihilfe von mindestens 500 Mk. für jeden Beschäftigten, und 100 Mk. für jedes unterhaltungspflichtige Familienmitglied zu fordern.

Den Teilnehmern an den nächsten Verhandlungen wird aufgegeben, für möglichst Beseitigung der Arbeitsstufen im Tarif und für einen Ausgleich des zu großen Unterschiedes den Zeitlöhnen und Akkordlohnern energisch zu wirken.

Frauenarbeit und Entlohnung der Jugendlichen sind Gegenstände ausführlicher Erörterung und soll erstere versucht werden, möglichst einzuschränken, um erst die Familienväter und die Ernährer von Familien zu beschäftigen und die Arbeitslosigkeit der Männer mit beheben zu helfen, und für die Jugendlichen soll bessere Entlohnung erstrebt werden.

Die tariflich geregelte Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften wird besprochen und kommt hierbei zum Ausdruck, daß dieselben noch vielerorts sehr zu wünschen übrig lassen. Die Betriebsräte werden aufgefordert, diesen Angelegenheiten ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und die ihnen auf Grund des Betriebsratsgesetzes und des Tarifs zustehenden Rechte und Machtbefugnisse restlos auszunutzen. Apel, Ilmenau, stellt Richtlinien über Einstellung und Entlassung in Bälde in Aussicht und erwartet, daß nach Erscheinen derselben dann die Klagen bald verstummen.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften Stellung nehmend, ist die Konferenz teils für, teils gegen solche. Gotha und Ohrdruff werden als Schulbeispiele für die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaften bezeichnet. Was von dort berichtet wurde, schreit geradezu zum Himmel, und die Kollegen, insbesondere von Ohrdruff und Umgebung, finden nicht den nötigen Mut und haben nicht die erforderliche Kraft, sich ebenfalls in die Reihen der übrigen Kollegen zu stellen.

In das Gelohnis, alles zu unternehmen, damit die schlechten Beispiele von dort nicht Nachahmung finden, klagen die Ausführungen zu dieser Angelegenheit aus. Im übrigen ist die Auffassung allgemein, daß die Arbeitsgemeinschaften solange ihre Daseinsberechtigung für die Arbeiterschaft haben, als sie für dieselbe Vorteile bringen.

Kollege Bollmann, Charlottenburg, muß sich verabschieden, da er an anderer Stelle dringend benötigt wird. Er faßt in seinen Abschiedsworten das bisherige Ergebnis der Tagung zusammen und kommt zu dem Schluß, daß trotz der anfangs vorhandenen Gegensätze doch noch wertvolle Arbeit geleistet wurde und wünscht der Konferenz ein weiteres gedeihliches Arbeiten und ein gutes Ende und spricht unter allgemeinem Beifall die Hoffnung aus, daß die Einheit der Or-

ganisation nicht gestört werden möge, womit die Tagung abends 1/8 Uhr abgebrochen und die Weitertagung auf den 5. Dezember, vorm. 1/9 Uhr, festgesetzt wird.

Erziehiger, Rudolstadt, eröffnet um 9 Uhr die Sitzung und wird in der Besprechung über den Rahmentarif und das künftige Lohnabkommen fortgefahren. Für Bezahlung der gesetzlichen Feiertage an Werktagen zum vollen Verdienst soll nachdrücklich eingetreten werden, da ja die Beamten und Angestellten für solche Feiertage auch keinen Verdienstausfall zu verzeichnen haben.

Den Teilnehmern an den nächsten Verhandlungen wird zur Pflicht gemacht, dafür mit aller Energie einzutreten, daß die Löhne und Verdienste der Akkordarbeiter wieder auf die Basis der übrigen Arbeiter in der Porzellanindustrie gestellt werden.

Ein Antrag, für alle im Zeitlohn Beschäftigten 60 Proz., und für alle Akkordarbeiter 50 Proz. Lohnaufbesserung zu fordern, wird angenommen, desgleichen ein Antrag: „Die achttündige Arbeitszeit strikte einzuhalten, Ueberzeit und Sonntagsarbeit solange abzulehnen, als noch Arbeitskräfte brachliegen.“

Die Gültigkeitsdauer des Lohnabkommens möglichst kurz zu bemessen, ist die einmütige Auffassung der Konferenz. Für Orte, die auf Grund der Indizes als die teuersten zu bezeichnen sind, soll eine Prozentige höhere Lohnaufbesserung als für die übrigen gefordert werden. Ein Antrag, die Teilnehmer an den Verhandlungen zum Lohnabkommen auf der Konferenz zu wählen, findet keine Sympathie und wird zurückgezogen.

Zur Frage der Entschädigung der Delegierten auf der Konferenz wird ausführlich Stellung genommen und wird betont, daß jede einzelne Zahlstelle die Delegationskosten für ihre Delegierten aufzubringen hat. Ein Beschluß, jedem Delegierten pro Tag 50 Mk. und Verdienstausfall sowie 15 Mk. für Uebernachtung und Vergütung der Bahnfahrt 4. Klasse zu zahlen, wird angezweifelt; von einzelnen Delegierten wird erklärt, daß sie sich an diesen Beschluß nicht gebunden fühlen, sondern nur die Beträge erheben werden von ihren Zahlstellen, die die wirklich notwendigen Ausgaben ausmachen. Ein Bericht über die Konferenz soll in der „Ameise“ veröffentlicht werden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung ist der Vorsitzende des Betriebsrates der Firma C. Reiß in Jena, Genosse Zimmermann, als Referent gewonnen und erschienen. Der vorgedachten Zeit halber standen ihm nur 1 1/2 Stunden zu seinen Ausführungen zur Verfügung, da um 5 Uhr nachmittags ein großer Teil der Delegierten abreisen mußte. Genosse Zimmermann ging im einzelnen auf die wichtigsten Paragraphen des Betriebsratsgesetzes ein, zeigte die Schattenseiten der einzelnen Paragraphen und forderte restlose Ausnützung der vorhandenen Rechte. Das Gesetz sei nun einmal Gesetz und muß versucht werden, dasselbe so auszubauen, daß es die Arbeiterschaft allgemein befriedigen kann. Genosse Zimmermann kommt zu dem Schluß, daß dies nur erreicht werden kann, wenn alle Kräfte der Arbeiterschaft sich auf dieses gemeinsame Ziel konzentrieren. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Gustav Meinhardt, Kahla.

Tettau. Gesamtwertung und Betriebsräte der beiden Zätrilen befaßten sich in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem jetzt geltenden Lohnntarif. Die einmütige Auffassung geht dahin, daß die Teuerung die neuen Tariflöhne schon bei deren Inkrafttreten weit überholt hatte. Die Sitzung kam deshalb zu folgenden Beschlüssen: 1. Der geltende Lohnntarif ist zum 15. Dezember zu kündigen, zum Ablauf am 31. Dezember. 2. Zu fordern ist eine allgemeine Lohnerhöhung von 50 Proz. und 3. eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von mindestens zwei Wochenverdiensten.

Der Hauptvorstand wird ersucht, diese Forderungen mit aller Energie zu vertreten. Ferner ersuchen wir alle Kollegen, sich unseren Forderungen im Interesse der Einheitlichkeit anzuschließen. Ferner wurde kritisiert die Beteiligung der Gewerkschaften an den Sammlungen für die notleidenden Kinder. Beschlossen wurde, die Sammellisten zirkulieren zu lassen, die eingehenden Mittel aber zur Unterstützung der notleidenden Kinder am Orte und der umliegenden Ortschaften zu verwenden. Ferner wurde angeregt, eine Bezirksorganisation im Verein mit den umliegenden Zahlstellen zu schaffen, um alle Verbands- und Betriebsratsfragen auf eine breitere Basis stellen zu können.

Briefkasten.

Bersamlungsberichte aus Grenchen, Mäbendorf, Mitterteich, Schleusingen und Sulz mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

An die Zahlstellentasterer!

Die (gelbe) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro 4. Quartal ist am Freitag, den 31. Dezember (nicht am letzten Sonntabend im Monat, am 25. Dezember), auszufüllen und spätestens bis zum 4. Januar 1921 an das Verbandsbureau einzusenden. Die Kassierer wollen genau das Datum, den 31. Dezember, beachten.

Das Verbandsbureau.

Dank.

Herzlichen Dank der Zahlstelle Tiefenfurt für das Weihnachtsgewert von 100 Mk. Weil ich infolge hohen Alters (78 Jahre) schon zu gebrechlich bin, um meinen Dank den Kollegen persönlich abkatten zu können, kann es nur auf diesem Wege geschehen.

Invalide Aug. Freund, Siegersdorf b. Bunzlau, am Bahnhof 41.

Abbitte.

Die von mir am Donnerstag, den 9. Dezember 1920, im Carstensen'schen Betrieb in Reubaldensleben über das Betriebsratsmitglied, Kollege Franz Klenzmann aus Althalbendleben, gemachten Angaben nehme ich mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück und erkläre, daß ich wissentlich die Unwahrheit gesagt habe.

Althalbendleben, den 13. Dezember 1920.

geg. Willy Wendel jr., Hermenträgen.

Quittung.

Für den Kranken Kollegen Otto Hartmann gingen nachfolgende Beiträge ein: Von der Zahlstelle Blaue 10,—; Althalbdenleben 15,—; Köpelsdorf 60,—; Gräfenhal 10,—; Königszelt 20,—; Tiefenfurt 20,—; Rauenstein 10,—; Gotha 10,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Bohenstrauß 10,—; Roßlau 10,—; Kloster-Weißdorf 10,—; Magdeburg 15,—; Blankenhain 10,—; Teltow 20,—; Potschappel 15,—; Hennigsdorf 10,—; Hermisdorf 20,—; Golditz 10,—; Weiden 20,—; Waldburg 20,—; Köln 10,—; Stadtlengsfeld 10,—; Hohenberg 20,—; Elsterwerda 10,—; Burgau 10,—; Kahla 10,—; Jecha 10,—; Charlottenburg 20,—; Mitterteich 15,—; Köslau 15,—; Rehau 20,—; Planthammer 10,—; Margarethenhütte 10,—; Suhl 20,—; Annaburg 15,—; Zwickau 10,—; Walderhof 10,—; Brattenborn 15,—; Rheinberg 20,—; Passau 10,—; Schlierbach 25,—; Sorau 10,—; Marktredwitz 20,—; Schornborn 10,—; Lettin 5,—; Karlsruhe 20,—; Brambach 5,—; Anna 10,— Mt. Summa: 710,— Mt.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern herzlichsten Dank.

Die Verwaltung der Zahlstelle Althalbdenleben.
S. A.: Fritz Schoof, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Dienstbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Gipszieher, Mobellieur, sofort gesucht.

Eurt Handhahn, Keramische Werkstätten, Besten b. Berlin.

Für unsere elektrotechnischen Porzellanfabriken in Margarethenhütte und Roßlau in Anhalt suchen wir mehrere geschickte
Freidreher.

Meldungen erbeten an Aktiengesellschaft S. Schomburg & Söhne, Margarethenhütte, Post Großdubrau i. Sa.

Tüchtiger Former und Gießer für Gebrauchsgeschirr und Kunstgegenstände, 36 Jahre alt, verh., mit allen einschlägigen Arbeiten durchaus vertraut, sucht leitende Stellung für Gießerei usw. in größerer Porzellanfabrik. Angebote unter A. K. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zwei tüchtige jüngere Dreher für Hoch- und Niederspannungs-Isolatoren für sofortigen Antritt gesucht. Selbige müssen aber nachweisen können, daß sie schon in diesen Artikeln gearbeitet haben.

Angebote an den

Städtischen Arbeitsnachweis, Roßlau (Anhalt).

Tüchtiger Schleifer, mit allen Arbeiten vertraut, sucht Stellung in Oberfranken oder Oberpfalz.

Angebote unter P. Sch. an die „Ameise“ erbeten.

Eine kleine Porzellan- und Glasfabrik mit Brennerei in Westfalen soll wieder in Betrieb gesetzt werden.

Hierzu bedarf sie einer Kraft, die imstande ist, zu malen und zu brennen.

Bewerber wollen ihre Offerte unter M. V. 712 an die Redaktion der „Ameise“ abgeben.

Ein tüchtiger Stanzmeister wird zum Antritt per sofort gesucht.

Richard Blumenfeld, A.-G., Besten i. Mark.

Tüchtiger Gießer für Kaffee- und Teeservice wird gesucht. Wohnung vorhanden.

Hirshauer Steingutfabriken C. & E. Carstens, Werk II, Hirschau.

Tüchtiger, selbständiger erster Brenner sucht Stellung zum baldigen Antritt. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter E. G. 1.

Tüchtiger Isolatorenbrecher, in Hochspannungs-Isolatoren und Durchführungen gut eingearbeitet, sucht Stellung.

Offerten unter Z. 1 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Storbekannt.

Goldarbeiter. Wilhelm Günther, Dreher, geboren am 19. Februar 1855, gestorben am 4. Dezember an Kehlkopf-tuberkulose. Mitglied seit 1909.

Magdeburg. Anna Basse, geboren am 30. Juni 1892, gestorben am 9. Dezember an Diphtheritis und Erregung. Mitglied seit 1918.

Helmstedt. Josef Auer, Dreher, geboren am 4. März 1861, gestorben am 4. Dezember an der Grippe. Mitglied seit 1919.

Eisenberg. Adolf Schippel, geboren am 23. November 1849 in Steinheid, gestorben am 8. Dezember an Herzschlag. Mitglied seit 1911.

Stadtlengsfeld. Georg Krichner, Dreher, geboren am 21. August 1873, gestorben am 12. Dezember an Asthma und Nierenleiden. Mitglied seit 1910. Der Verstorbene hat sich durch seine eifrigste Arbeit und seine langjährige Tätigkeit als Kassierer um unsere Zahlstelle besondere Verdienste erworben. Die sein Andenken in unserer Erinnerung wachhalten werden.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Magdeburg. Donnerstag, den 6. Januar 1921, abends 7 Uhr, im „Wintergarten“, Friedrichsplatz.

Schlesingen. Montag, den 3. Januar 1921, abends 5 Uhr, im „Gasthaus zum Schiekhau“.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle **Goldabfälle**, wie **Asche**, **Schmiere**, **Lappen**, **Flaschen** usw. zahle die **höchsten Preise**. Machen Sie einen Versuch und Sie werden m. in Runde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhm & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für **Plangold**, **Goldschmiere** u. alle goldhaltigen Sachen. **Reelles Geschäft** dieser Art. **Reelle u. pünktliche Bedienung.**

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, **Goldlappen**, **Goldflaschen** und alle in der **Ver-golderei** vorkommenden **Abfälle** kauft zu höchsten Tagespreisen bei **schneller und reeller Bedienung** **Oskar Rottmann**, **Stadtilm i. Thür.**

Die billigen **Schuhe** für **Fabrikarbeiter** sind **Güterschuhe** — **Segeltuchoberteil**, **Ledersohle** u. **Wenden**. — **Recht vorteilhaft** kaufen Sie außerdem **warme Schuhe** u. **Pantoffel** f. d. **Strasse** u. **Haus**, **Turn-schuhe**. **Sämtl. Lederwaren** in nur **guten Qualit.** **billigst**. **Berl.** Sie **illust.** **Preisliste gratis**. Bei **Sammelaufträgen** entspr. **Rabatt**. **A. Meise**, **Schuhversand** u. **Pantoffelfabrik**, **Weißwasser (D.-L.)**.

Sämtliche Pinsel für **Porzellanmaler** und **Dreherei**, sowie **Drehereimeißer**, **Hornspachteln**, **Holzspachteln** für **Druckerei**, u. **Pinsel-stiele** liefert **Paul Materne**, **Schönwald** in **Oberfranken**.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch be-deutend mehr), überhaupt alle **Malrückenstände** und **ausgebranntes Gold** kauft die **Scheideanstalt** von

Max Haupt, **Dresden-A.**, **Königsh-Platz 17**.

—: **Bremer Qualitäts-Zigarren** :—

von hervorragender Güte, weiß brennend, inkl. **Rabatt à Stück** 75, 80, und 90 Pf. **Versand** von 50 Stück ab in **Originalkistchen**. — **Korsh. Kautabak**, gute, saftige Ware. — 10 R. oder Rn. 16 Mt. —

Universal-Versand **Hermisdorf (S.-A.)**.

Eine ganze Bibliothek für nur neun Mark

erhalten Sie durch das **„Wirtschaftliche Arbeitnehmer-taschenbuch“**. Enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B.: **Verfassung**, **Friedensvertrag**, **Heerwesen**, **Finanzen**, **Steuergesetze**, **Eisenbahnwesen**, **Aus-wanderung**, **Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände**, **Wirtschaftssysteme**, **Parteiwesen**, **Redekunst**, **Massen-psychologie**, **Sowjetrußland**, **Arbeiter- und Angestelltenrecht**, **Betriebsrätegesetz**, **Soziale Versicherung**, **Reichsverorgungs-gesetz**, **Systeme der Volkswirtschaft**, **Sozialisierung**, **Gewinn-beteiligung**, **Indegziffern**, **Tagelohnsystem**, **Schulwesen**, **Volkswirtschaftliche Fragen** **Valuta**, **Einkommen** usw. **Preis** 9.— Mt., beim **Volkverlag** für **Wirtschaft** und **Verkehr**, **Stuttgart**, **Pfisterstr. 7**.

Gepr. 1896 Beste Metalle	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art  Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
---	--

Herausg. u. Verband d. **Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen**.
Redaktion: **Job. Schneider**, **Charlottenburg**, **Rosinenstr. 4**.
Verlag: **Wilhelm Herben**, **Charlottenburg**, **Rosinenstr. 4**.
Druck von **Otto Gwerke**, **Charlottenburg**, **Wallstr. 22**.